

Sozialistische Hochschulzeitung

6/13

#74 · SOZIALISTISCHE GRUPPE (SG) · HOCHSCHULGRUPPE ERLANGEN/NÜRNBERG
WWW.SOZIALISTISCHEGRUPPE.DE · SG@SOZIALISTISCHEGRUPPE.DE

Vortragsreihe

Wissenschafts-
kritik

20.06.2013
Siehe Innenteil!

Prof. Margaret Wirth (Bremen)

**Vom kapitalistischen
Sinn des geistigen
Eigentums**

Die Kette der Skandale beim Verfassungsschutz reißt nicht ab!

„Dümmlich, rassistisch, islamfeindlich: Mehrere Mitarbeiter des Inlandsgeheimdienstes sollen sich beleidigend geäußert haben. Sie gehören ausgerechnet zu der Abteilung, die militante Islamisten beobachtet und deswegen besonders sensibel sein müsste. (...) Mehrere Mitarbeiter traten offenbar nicht nur durch dümmliche, sondern offen islamfeindliche und rassistische Äußerungen hervor. Ein Beamter soll in seinem Büro eine Kreuzritter-Spielfigur so postiert haben, dass ihr Schwert auf eine Miniatur-Moschee gerichtet war. (...) Es sollen Begriffe wie ‚Herrenrasse‘, ‚Muselmann‘ und ‚Ölauge‘ gefallen sein – und das in einer Abteilung, die in ihrem Auftrag tagtäglich zu tun hat mit der Beob-

achtung von Muslimen und dabei besonders sensibel vorgehen soll.“ (sueddeutsche.de, 22.3.13)

„Ausgerechnet“ im Amt für Generalverdacht in Loyalitätsfragen, Abteilung Islam, sind Mitarbeiter tätig, die Muslime für einen zwielichtigen Menschenschlag halten, der unter Kontrolle gehalten gehört; Verfassungsschützer also mit Leib und Seele, bei denen Pflicht und Neigung aufs Schönste zusammenfallen. Das ist nun auch wieder nicht recht und soll ein Skandal sein: der Generalverdacht gehört ohne Vorurteile gegen Muslime praktiziert! Kann der Verfassungsschutz nicht mal weniger engagiertes Personal aufreiben? ●

Vom Zusammenhang zwischen Deutschlands Triple A an den Finanzmärkten und der Roma-Frage

Im Februar rufen deutsche Kommunen den Notstand aus: Armutseinwanderer, „vor allem Roma“, stellen eine „Gefahr für den sozialen Frieden dar“. Damit ist für einige Wochen auf allen Kanälen der Ring frei für die öffentliche Problematisierung des Ärgernisses. Stadtväter klagen über Ghettobildung in ihren Städten, über begrenzte finanzielle Mittel, die Konsequenzen der unerwünschten Zuwanderung zu bewältigen, und sie warnen vor „fremdenfeindlichen Ressentiments“ angesichts überbelegter Mietskasernen, lärmender Kin-

derhorden, wilder Müllhalden, verschmutzter Gärten, flatternder Wäsche auf den Balkonen, – und womit sonst noch Roma den Unmut deutscher Nachbarn hervorrufen. Aber nicht nur ihr schlechtes Benehmen, auch die üble Behandlung, die sie selbst erfahren, kommt nicht zu knapp zur Sprache: Hauseigentümer vermieten verkommene Räumlichkeiten mit nicht funktionierenden sanitären Anlagen, die sie an heimische Hartz-IV-Empfänger nicht mehr loswerden, zu stattlichen Preisen als Masslager an Roma-Familien; Männer müssen sich auf dem „Arbeiterstrich“ verdingen, Roma-Frauen auf dem Richtigen und geben das Material für „neue Geschäftsmodelle“ im Rotlichtgewerbe ab. Dies alles wird herangezogen, um die Probleme zu belegen, die die Roma-Einwanderer Deutschland machen.

Aber vielleicht verhält es sich ja umgekehrt?! Und es ist Deutschland, das mit seiner ausgreifenden Bewirtschaftung des ganzen Kontinents den Roma ihre Probleme macht.

*

Dass Deutschland Europa als Quelle seines Reichtums behandelt, hat nämlich diverse →

GegenStandpunkt Vortrag & Diskussion

**Steuern, Steuerhinterziehung, Steuerfahndung –
Der Kampf um die
Zwangsabgaben wird
härter**

Donnerstag, 13. Juni, 20 Uhr
Künstlerhaus, Weiß. Saal, Königstr. 93, Nbg.

Beim Thema Steuern wissen die größten Patrioten, dass der Satz nicht stimmt, mit dem sie sonst jede Kritik am Staat zurückweisen: Der Satz nämlich, der Staat seien „Wir alle“. Diese Weisheit passt vielleicht für andere, die das Steuerzahlen vermeiden. Bei sich selbst kennt jeder den Gegensatz zwischen dem Ich und dem merkwürdigen „Wir“, das mir mein Geld wegnimmt. Tatsächlich sind die Steuern kein Tausch; die politische Herrschaft eignet sich von den Bürgern verdienten Geld ohne Gegenleistung an – allein auf Basis ihrer Hoheit. Steuern sind die einzige Form der Enteignung, die in der Gesellschaft des privaten Eigentums legal ist.

Egal wie gut begründet die Geldbedürfnisse der Obrigkeit sein mögen, die das Eigentum schützt. Privateigentümer halten ihre legale Enteignung nie für legitim, jedenfalls nie in der gesetzlich festgelegten Höhe. Daher beschließen sie den Staat mit bestem Gewissen bei den Steuern, so gut sie können. Verschiedene Schichten der Gesellschaft können das sehr verschieden gut – und die Steuergesetzgebung sowie die Steuerfahndung hat bisher bei den Reichen, den Unternehmen und Unternehmern viele Rücksichten geübt und Augen zugedrückt. Deren Geld wird ja auch nicht für den Lebensunterhalt verbraucht, sondern ist zum Investieren da. Weil sie das Wirtschaftswachstum machen, von dem die Staatseinkünfte abhängen, schont der Staat ihre Bereicherung und schmälert lieber den Konsum der gar nicht reichen Mehrheit.

Dass er jetzt auch das Geld der Reichen braucht und haben will und aus allen möglichen Steueroasen eintreibt, bringt ans Licht, wie gut die ökonomisch herrschende Klasse ihr Vermögen vor dem Fiskus in Sicherheit gebracht hat. Jetzt sind Skandale fällig und das Jahrzehnte alte „Kavaliersdelikt“ rangiert auf einmal unter den richtigen Verbrechen. Das niedere Volk darf Schadenfreude empfinden und seinen Sozialneid befriedigen: Die verschärfte Indienstnahme auch der Reichen für die Staatsfinanzierung wird ihm als Fortschritt der Steuergerechtigkeit verkauft. Als ob man das nicht schon lange hätte haben können, wenn es darum ginge.

Mitschnitte von GegenStandpunkt-Vorträgen
zur Kritik am demokratischen Staat, seiner kapitalistischen Wirtschaft, dem Imperialismus, der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Werte gibt es im Internet zum Herunterladen und Anhören:

<http://doku.argudiss.de>

Alle Termine und die SHZ im Newsletter:

www.sozialistischegruppe.de

DISKUSSIONSVERANSTALTUNG
IN NÜRNBERG

**Woher kommt und wie
geht Rassismus?**

Dienstag, 18. Juni, 20 Uhr,
Stadtteilzentrum Desi, Brückenstraße 23

→ Wirkungen. Zu denen gehört nicht zuletzt die Produktion von Elend in den südlichen und östlichen EU-Staaten. Die derzeit zu besichtigende Massenarbeitslosigkeit und Verelendung von großen Teilen der dortigen Bevölkerung werden gemeinhin den nationalen Standortverwaltern als Folgen verfehlter Wirtschafts-, Finanz- und Ordnungspolitik angelastet. Dabei wird gänzlich außer Acht gelassen, dass es sich bei diesen Staaten um Verlierer in einem Wettbewerb handelt, den ihnen allen voran die Deutschen aufgemacht haben. Was den Südeuropäern als untragbares Verhältnis zwischen Staatsverschuldung und realwirtschaftlichen Fundamentaldaten vorgehalten wird, ist nur die andere Seite des deutschen Kapitalerfolgs. Deutsche Unternehmen haben auf Basis ihrer überlegenen Kapitalmacht jahrzehntelang Europa als ihren Absatzmarkt benutzt und haben dabei konkurrierende Anbieter verdrängt. Dem Fortschritt der Kapitalakkumulation auf deutschem Boden entspricht die Beschneidung bis Beschädigung des Wachstums anderer nationaler Kapitalstandorte im Euroraum. Erst recht den ins Reich der marktwirtschaftlichen Freiheit übergetretenen ehemaligen Ostblockstaaten, den Armenhäusern Bulgariens und Rumäniens, aus de-

lassen. Deutschland geht gestärkt aus der Krise hervor, protzt mit positiven Arbeitsmarktdaten, verzeichnet mitten in der allgemeinen Rezession Wachstum, und erhält deswegen nach wie vor Bestnoten für seinen Kredit. Die Kapitalvernichtung hat überwiegend die europäische Peripherie zu tragen. Dort steigt die Zahl der Arbeitslosen auf nie gekannte Höhen. Deren Verarmung erfährt durch das deutsche Drängen auf Haushaltsdisziplin in den betreffenden Nationen zusätzliche Impulse.

Zur deutschen Bewirtschaftung Europas gehört zum Anderen der durch die Arbeitnehmerfreizügigkeit gewährleistete Zugriff auf die Arbeitskraft der ganzen Union. Auch in dieser Hinsicht erweist sich Deutschland als Krisengewinnler. Heerscharen von zum Teil hochqualifizierten Arbeitskräften aus Süd- und Osteuropa machen sich in der Suche nach Beschäftigung auf ins Zentrum des kapitalistischen Geschäfts, werden in den florierenden deutschen Arbeitsmarkt eingespeist und tragen zur Bewältigung des sogenannten Fachkräftemangels bei. Hinzu kommt eine Wanderbewegung von Anbietern einfacher Arbeit, die deutsche Unternehmer in ihrem Heißhunger nach zum Billigtarif ausbeutbaren Dienstkraften auch gut brauchen können. Ganze Branchen rekrutieren ihr Personal zu beträchtlichen Teilen aus diesem Reservoir, meist außerhalb der offiziellen Arbeitsmarktverwaltung. Erntehelfer werden saisonweise nach Bedarf an- und wieder weggekartet. Im Baugewerbe ist die Inanspruchnahme auswärtiger Leiharbeitsfirmen beliebt, die neben der Lieferung eine kostengünstige Verstärkung der Dienstkraften gleich mit erledigen. Wie durchgesetzt und anerkannt diese bisweilen als „Schattenwirtschaft“ bezeichnete und bis in die prominentesten staatlichen Bauprojekte hinein reichende Benutzung der Arbeit ist, belegen die regelmäßigen Skandale anlässlich von wochenlang ausbleibenden Lohnzahlungen oder sich häufenden tödlichen Unfällen auf Baustellen. Diejenigen Arbeiter, die ihren ‚Lebensschwerpunkt‘ in der Hoffnung auf eine Beschäftigung ganz nach Deutschland verlegt haben und zugleich den mehr oder weniger regelmäßigen Bedarf des Kapitals überschreiten, ergänzen das heimische Subproletariat und bieten sich auf dem Arbeiterstrich – auf der Berliner Beusselbrücke schon eine Institution – für ein paar Euro als Tagelöhner feil. Soweit sich die Arbeitsmigranten für irgendeinen Arbeitgeber nützlich machen und damit einen Beitrag zum deutschen Wirtschaftswachstum leisten, sich in ihren Behausungen ordentlich aufführen, nicht schmutzen, nicht störend auf- oder den Sozialkassen über Gebühr zur Last fallen, gelten sie als Fälle gelungener Integration.

Als Kollateralschaden der Arbeitnehmerfreizügigkeit sowie des deutschen Erfolgs bei der Abwälzung der Krisenfolgen auf die europäische Peripherie schlägt nun eine eigentlich unbedeutende Zuwanderung ganz nutzloser Gestalten auf Deutschland zurück. Leute, die in ihren Herkunftsländern ohnehin schon zu den Underdogs, nämlich zu den relativ zum Bedarf des Kapitals vollkommen überflüssigen Bevölkerungsteilen gehören, vor allem die schlecht gelittenen Minderheiten, machen sich auf den Weg ins Zentrum Europas, wo wenigstens der Reichtum sitzt und von denen bestaunt werden kann, die von ihm ausgeschlossen sind. In der Hoffnung, irgendeine Basis für ein Überleben zu finden, kommen sie, ohne ein Mittelmeer überwinden zu müssen, auf dem Landweg nach Deutschland und sammeln sich in den schäbigsten Großstadtvierteln. Auf Europas unterste Armutsschicht üben die deut-

schen Ghettos die abschreckende Wirkung ebengar nicht aus, die in ihrem Fall wünschenswert wäre. Den Vergleich mit der alten Heimat bestehen sie allemal.

Diesen Nebeneffekt des deutschen Erfolgs im Euro-Kapitalismus erleiden Bürgermeister und Behördenvertreter als das Ärgernis, dass Roma und andere Armutsflüchtlinge das Stadtbild stören, sich als Diebe und Bettler betätigen, womöglich bei Sozialämtern um Unterstützung nachsuchen oder in Neukölln Gewerbe anmelden, um an Aufenthaltsrecht und Kindergeld ranzukommen, was für Leute ihrer Art überhaupt nicht vorgesehen ist.

*

Für die deutsche Politik ist klar: Diese Migranten hat sie nicht bestellt, also haben sie hier auch nichts verloren. Sie einfach und direkt wieder rauszuschmeißen – selbstverständlich der erste Gedanke – ist aber keine Option. Die meisten sind EU-Bürger, also mit Rechten ausgestattet, und das schafft Umständlichkeiten. Die europäischen Vereinbarungen zur Freizügigkeit lassen zwar sogar die Abschiebung zu, wenn Zuwanderer ihren Lebensunterhalt auf Dauer nicht unabhängig von Sozialhilfe sichern können. Der Nachweis dieser unerlaubten Hilfsbedürftigkeit wirft allerdings das erlesene Problem auf, dass die störenden Gesellen von den immerhin irgendwie brauchbaren bulgarischen und rumänischen Wanderarbeitern, die auch keine geregelte Beschäftigung nachweisen können, nicht treffsicher zu scheiden sind.

Man toleriert daher vorerst die Armutsgestalten, die schon mal da sind, und hält sich mit dem Ausweisen zurück, zumal das bei der gegenwärtigen europäischen Rechtslage sowieso nichts nützt. Um so entschiedener strebt die Bundesregierung eine langfristige Lösung für das Ärgernis auf der europäischen Ebene an. Denn:

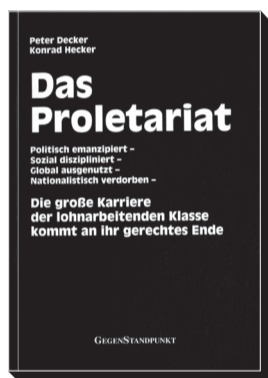
„Was bringt eine Ausweisung von Armutsflüchtlingen aus einem EU-Land, wenn sie umgehend wieder einreisen? Man kann den deutschen Innenminister Friedrich und seine Kollegen verstehen, wenn sie diesen ‚Drehtüreffekt‘ in Brüssel zum Thema machen. Andererseits ist diese Form der Migration wenn nicht politisch gewollt, so doch unmittelbare Folge der europäischen Freiheiten. ... Zu diesen Freiheiten gehört freilich nicht das grenzenlose Sozialschmarotzertum.“ (FAZ, 25.4.13)

Berlin schenkt der Brüsseler Kommission die Aufgabe zu, durch eine Korrektur ihrer Freizügigkeits-Gesetze die Roma irgendwie fernzuhalten. Sie soll die Trennung der erwünschten von der unerwünschten Immigration ermöglichen durch ein „schärferes Vorgehen gegen sogenannte Armutseinwanderer“, „unter anderem durch Ausweisungen und Wiedereinreiseverbote gegen EU-Bürger ..., die sich betrügerischen Zugang zu den Sozialsystemen eines anderen Mitgliedsstaats zu verschaffen suchen“ (FAZ, 25.4.13.).

Zweitens nimmt der Innenminister die Herkunftsländer der Roma für das deutsche Bedürfnis in die Pflicht: Bulgarien und Rumänien sollen ihre Hoheit dafür verwenden, dass die Roma am Auswandern gehindert und bei ihnen eingesperrt werden. Dafür sollen sie ihre Forderung nach Beseitigung der Grenzkontrollen von der Tagesordnung des nächsten Treffens der EU-Justiz- und Innenminister nehmen; andernfalls droht er ein neuerliches Veto gegen den Schengen-Beitritt der beiden Mitgliedsländer an. Gegenüber Serbien und Mazedonien besteht er auf Aussetzung der Visafreiheit.

Dass die elenden Auswanderer überhaupt eingesperrt werden müssen, um Deutschland ihre Gegenwart zu ersparen, erkennen die humanis-

BUCHEMPFEHLUNG



Peter Decker /
Konrad Hecker
Das Proletariat

GegenStandpunkt
Verlag 2002
ISBN 3-929211-05-X
288 Seiten, € 20.-

Politisch emanzipiert –
Sozial diszipliniert –
Global ausgenutzt –
Nationalistisch verdorben –
Die große Karriere der lohnarbeitenden Klasse
kommt an ihr gerechtes Ende

Aufstieg und Niedergang der lohnabhängigen Klasse:

- Vom rebellischen Vierten Stand
- über eine Gewerkschaftsbewegung und einige Arbeiterparteien
- zur politischen Emanzipation,
- zur modernen Organisation nützlicher Armut,
- zur selbstbewussten Anpassung an den Reformbedarf von Nation und Kapital.

Bestellung unter: www.gegenstandpunkt.com

nen die Roma kommen, hat der EU-Beitritt und der damit eröffnete Vergleich mit deutscher Kapitalproduktivität nicht viel mehr eingebracht als den Ruin vorhandener Produktion, ein Dasein als Absatzsphäre für Waren aus dem europäischen Zentrum und als um Kapitalimport nachsuchender Anbieter von Billigstarbeitskraft.

Seit Beginn der Krise betreiben die deutschen Standortverwalter die Schädigung ihrer europäischen Nachbarn geradezu programmatisch: Sie haben deutsche Kapitalmacht mit staatlich angeleiteter Billiglohnpolitik kombiniert, um die nationale Exportkraft zu stärken und die krisenmäßige Kapitalentwertung anderswo anfallen zu

Vortragsreihe Wissenschafts- kritik

Sozialistische Gruppe (SG)
Hochschulgruppe Erlangen/Nürnberg

Stuve
Studierendenvertretung der
Universität Erlangen-Nürnberg

20.06.13
Prof. Margaret Wirth
(Bremen)

Vom kapitalistischen
Sinn des geistigen
Eigentums

19 Uhr im Kollegienhaus,
Raum 1.019, Universitätsstraße 15,
91054 Erlangen

Auf zwei Ebenen wird derzeit über das „geistige Eigentum“ gestritten:

Auf der höchsten Ebene der Staatenkonkurrenz

Die Weltwirtschaftsmächte USA, Kanada und Europa haben sich zusammengetan und mit ACTA einen Vertrag auf den Weg gebracht, mit dem sie ihrem Anspruch auf Geltung von Eigentumsrechten an „immateriellen Gütern“ weltweit Durchschlagskraft verleihen wollen. Die Staatenlenker machen dabei kein großes Geheimnis daraus, was das Ziel aller staatlichen Regelungen in der Sphäre des geistigen Eigentums ist. Zum Beispiel „betont die EU-Kommission die besondere Bedeutung des ACTA-Handelsabkommens für die ‚wissensbasierten‘ europäischen Volkswirtschaften, da die Wettbewerbsfähigkeit Europas nur dann aufrecht erhalten werden könne, wenn die EU sich auf Innovation, Kreativität, Qualität und Markenexklusivität verlassen kann, welche zu unseren wichtigsten Wettbewerbsvorteilen auf dem Weltmarkt zählen, welche allesamt unter den Schutz der Rechte des geistigen Eigentums fallen“.

Ein recht klares Wort: Wissen dient in „unseren“ Volkswirtschaften der Konkurrenz gegen andere Volkswirtschaften oder es taugt nix.

Gegen den ACTA-Entwurf der westlichen Weltwirtschaftsmächte regt sich Protest. Von konkurrierenden Volkswirtschaften nämlich, die sich in die Rolle der Eigentumsverletzer gedrängt sehen. China, Brasilien, Indien usw. sehen ihre weltwirtschaftlichen Interessen angegriffen. Ihrer Auffassung nach untergräbt ACTA das geltende „Gleichgewicht der Rechte und Pflichten“ der Staaten in Handelsfragen, beeinträchtigt ihr Recht auf einen „unterschiedlichen nationalen Umgang mit den Regeln, der sorgfältig in den verschiedenen WTO-Abkommen ausgehandelt wurde“, und „baut neue Handelsschranken auf“.

Auch innerhalb der ACTA-Nationen regt sich inzwischen Protest. Einige der vorgetragenen Einwände hat die EU-Kommission aufgegriffen

und aus ihren Gründen Reformbedarf angemeldet. Damit ist ACTA erst einmal auf Eis gelegt. Bleibt die Frage: Was macht das „geistige Eigentum“ unter Staatenlenkern so strittig?

In der europäischen Öffentlichkeit und Geisteswelt

Eine neue „Piraten-“Partei hat sich in mehreren Ländern im Namen der „Wissens- und Informationsgesellschaft“ die Durchsetzung des freien Zugangs zu Produkten von Kultur und Wissenschaft ins Parteiprogramm geschrieben. Diese Kritiker von ACTA, Urheberrecht usw. schätzen die Freiheit der Kommunikation, die die neuen Medien eröffnen, gleich im Namen „der Menschheit“ und halten es für ein Unding, dass die Staaten sie kontrollieren und beschränken. Allerdings wollen auch diese Kritiker nicht darauf verzichten, sich auf nützliche Dienste des Geistes im Internet an Wirtschaft und Gesellschaft zu berufen, wenn sie sich gegen die Rechtslage in Sachen geistiges Eigentum wenden und vor allem deren Verschärfung ablehnen. Aus gepriesenen Leistungen für Wirtschaft und Gesellschaft, wie sie gehen und stehen, leiten sie allerdings die Notwendigkeit des Abbaus eigentumsrechtlicher Regelungen ab:

„Es kommt der Gemeinschaft zugute, wenn Ideen, Wissen, Meinungen, Kulturgüter und Werkzeuge möglichst uneingeschränkt ausgetauscht und geteilt werden können. In einer offenen Gesellschaft sichern Vielfalt und Heterogenität Fortschritt und Widerstandsfähigkeit – neuen Blickwinkeln und Dissens wird Platz gegeben. ... Das Urheberrecht entstand ursprünglich, um die Erstellung, Entwicklung und Verbreitung von kulturellen Ausdrucksformen zum Wohle der Gesellschaft anzuregen. ... Die Fristen, innerhalb derer das Urheberrecht die Verbreitung von Informationen und Wissen einschränkt, sind durch sukzessive Ausweitung in den letzten Jahrzehnten mittlerweile deutlich zu lang.“ (Piratenpartei Österreichs)

Das hat den Piraten und anderen Initiativen für „Netzfreiheit“ Kritik eingebracht. Dichter und andere Kulturschaffende ergreifen Partei für den Schutz ihres Eigentums an Wort, Versfuß, Dissonanz und Film. Über die Rechte und Pflichten der „Konsumenten“ von Geistesprodukten wird intensiv gerechnet, also darüber, wer, wie lange, und unter welchen Bedingungen über welche Produkte des Denkens oder der Musik und Filmkunst umsonst oder gegen Geld – etwa in Form einer „Festplattenabgabe“ – verfügen darf.

Grund genug also, sich einmal folgende Fragen vorzulegen:

– Was ist das eigentlich, „geistiges Eigentum“? Welche polit-ökonomische Rolle spielt der Geist in einer Gesellschaft, wo er unter diesem Begriff gefasst wird? Worin liegt tatsächlich die Unverzichtbarkeit dieser Eigentumsrechte für kapitalistisches Produzieren und das Konkurrieren um Märkte und Gewinne?

– Welches Interesse hat die Staatsgewalt an den Produkten von Wissenschaft und Technologie, aber auch an denen der Kulturszene? Zur Beförderung welcher Zwecke und Interessen macht der Staat es sich angelegen, in diesen Sphären Eigentumsrechte zu etablieren und zu regulieren? Was leistet er damit für Wirtschaft und Gesellschaft?

– Worum geht es, wenn Staatsgewalten solche Eigentumsrechte grenzüberschreitend sichern wollen und darüber in Streit geraten? Was hat sich Neues getan – in der Konkurrenz der Unternehmen um Profite und Marktbeherrschung ebenso wie in der Konkurrenz der Staaten um Weltmarkterträge –, sodass die Staatenwelt es für nötig hält, sich der rechtlichen Regelung dieser Fragen neu zuzuwenden? Was will ACTA – und was ist vom Protest gegen das Vertragswerk zu halten?

Dabei wird sich auch die Frage klären, ob die hohe Meinung, die die Produkte von Wissenschaft und Kultur genießen, eigentlich berechtigt ist.

Die Vorträge von Prof. Freerk Huisken und Dr. Peter Decker sind online: www.sozialistischegruppe.de

tischen Sachwalter des Landes drittens als den eigentlichen Skandal, für den sie die Herkunftsländer verantwortlich machen – und nicht etwa das Reichtumsgefälle, das Deutschland zu denen hergestellt hat. Deutsche Politiker machen sich zu Vorkämpfern der sozialen Besserstellung der Armen – anderswo; eben damit sie bleiben, wo der Pfeffer wächst. Sie fordern von Rumänien, Bulgarien und anderen osteuropäischen Ländern

„mehr Anstrengungen, um die Lebensbedingungen der Betroffenen zu verbessern,“ und werfen ihnen vor, diese allerunterste Schicht ihrer nationalen Gesellschaften nicht „integriert“ zu haben. Wohinein denn eigentlich? In ihre von der europäischen Standortkonkurrenz zerstörten, armen und entsprechend ausgrenzten Gemeinwesen? Oder in den Sozialstaat, den es bei ihnen auch für die gebrauchten Teile der Bevölkerung

nur unterentwickelt gibt? Dafür würde die Bundesregierung sogar Hilfen sinnvoll finden, die sie natürlich nicht selbst bezahlt: Gibt es nicht einen europäischen Sozialfonds, aus dem Gelder fließen könnten, um dem „Sozialleistungstourismus“ ein Stück seiner Attraktivität zu nehmen?

*

Die deutsche öffentliche Meinung bezieht die Politiker einer gewissen politisch →

Warum verdient wer wie viel?

Die Einkommen in der Klassengesellschaft und ihre Quellen

Die Frage nach dem Einkommen ist in der Marktwirtschaft existentiell. Wie viel Geld ein Wirtschaftsbürger für wie viel Arbeitsaufwand heim trägt, entscheidet über sein Leben; darüber nämlich, ob ihm die Güter des täglichen Bedarfs sowie des Genusses in ausreichender Menge und Qualität zugänglich sind, und ob die für deren Beschaffung erforderliche Arbeit auch noch Lebenszeit und Lebenskraft für Genuss und die Entwicklung freier Interessen übrig lässt.

Jeder weiß, dass die Einkommen in der Marktwirtschaft krass verschieden ausfallen: Vom Null-Einkommen der Arbeitslosen reichen sie über Hungerlöhne im wachsenden Niedriglohnsektor, über schmale, mittlere und bessere Arbeitslöhne, zu Beamten- und Politikergehältern; unter den Selbstständigen gibt es noch einmal die weite Spanne vom Elend der Ich-AGs und der kleinen Handwerker bis zu den ein- und zweistelligen Millionenbeträgen der Mittelständler und ihrer Manager; ganz zu schweigen von den Besitzern wirklich großer Vermögen, Ländereien und Industriebeteiligungen. Das steile Gefälle gibt zu denken.

Die meisten verführt es zu der falschen Frage, ob sie selbst bezahlt bekommen, was ihnen aufgrund ihrer Leistung zusteht; bzw. ob die anderen wirklich verdienen, was sie verdienen. Solch kritische Zweifel, ob die enormen Einkommensunterschiede durch ebenso große Unterschiede der Leistung zu rechtfertigen seien, sind nämlich

sehr unkritisch. Sie setzen als selbstverständlich voraus, dass vom Grundeigentümer, der Mietzins kassiert, und vom Aktienbesitzer, der Dividende einstreicht, über den Manager, der für Organisation und Erfolg der Profitmacherei seine Millionen erhält bis zum Ingenieur, Maurer und Briefträger alle Einkommensbezieher größere oder kleinere Arbeitsleistungen in einer großen Arbeitsteilung erbringen, von deren Produkten und Diensten dann das Volk und alle Einzelnen leben. Aber vielleicht gibt es das Gemeinschaftswerk ja gar nicht, zu dem alle Beiträge leisten. Vielleicht gibt es gar keine Verteilung des Nationalprodukts, die man auf ihre Gerechtigkeit hin befragen könnte, sondern nur die Konkurrenz um die Aneignung des geschaffenen Reichtums; einen Kampf, in dem sich die einen mit ihrer Macht nehmen, was die anderen sich nehmen lassen.

Statt der verkehrten Frage nach der Gerechtigkeit der Einkommensverteilung wird in unserer Diskussionsveranstaltung die Entstehung der Einkommen Gegenstand der Erklärung sein: Mit welchen Mitteln sichern sich die verschiedenen Teilnehmer an der Wirtschaft ihren Anteil? Wofür werden sie bezahlt?

Sind Grund, Zweck und Quelle der diversen Einkommen erst einmal geklärt, so ist es auch kein Rätsel mehr, warum diejenigen, die mit ihrer Arbeit das Nationalprodukt schaffen, ewig arm bleiben und warum diejenigen, die nicht selbst Hand anlegen müssen, die wirklich Reichen sind.

Montag, 17. Juni, 19 Uhr
Sprecherrat (1. OG), Turnstr. 7, Erlangen

→ korrekten Leisetreterei und besteht auf Klarheit. Wo diese sich verhältnismäßig allgemein zu den Problemen der Armutseinwanderung äußern und von den Herkunftsländern verlangen, diese Flüchtlinge bei sich zu behalten, da bestehen Talk-Shows und Zeitungen darauf, dass nicht irgendwelche armen Migrantinnen, sondern immer und nur die Roma Ärger verursachen. Mit dem überzeugenden Verweis darauf, dass es zumeist Roma-Großfamilien sind, an deren Dasein und Überlebensstrategien in der Armut sich deutsche Stadtväter und Nachbarn stören, deutet man die soziale Katastrophe, die der europäische Kapitalismus an seinen Rändern erzeugt, als Problem einer besonderen Volksgruppe, die sich ihm nicht anpassen kann und will. Wer nicht einmal in Deutschland seine Chance, d.h. eine wie schlecht auch immer bezahlte Arbeit, findet, wer bettelt, stiehlt und sonst auffällig wird, dessen Elend liegt an ihm selbst und seiner Lebensart. Das, so die Medien, wird man wohl noch sagen dürfen.

„Es hilft nichts, um den heißen Brei herumzstreichen. Das Problem, das sich hinter der sogenannten Armutseinwanderung aus Bulgarien und Rumänien verbirgt, ist kein allgemeines, sondern ein spezifisches. Es gibt Zigtausende junge Bulgaren und Rumänen, die in Deutschland und in anderen reichen Ländern der EU leben, fleißig arbeiten oder studieren. Sie halten ihr Geld zusammen, sie lernen Sprachen, sie bilden sich. Sie fallen niemandem auf und niemandem zur Last, sie gehören zur europäischen Elite von morgen. Diejenigen, die auffallen und die den großen deutschen Städten jetzt so viele

finanzielle Probleme bereiten, sind fast ausschließlich Roma. ... Diejenigen Roma, die außerhalb der bürgerlichen Gesellschaft in monströsen Elendsiedlungen leben, leiden unter Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, Armut und katastrophalen hygienischen Bedingungen. Die größte Geißel aber sind das Unwissen und der vielfach festgestellte Unwille, es zu überwinden. So bleiben diese Menschen gefesselt in gesellschaftlichen Strukturen, die alles andere als demokratisch oder emanzipatorisch sind.“ (SZ, 20.2.13)

Ein Rückfall in alte Ressentiments gegen Zigeuner ist das nicht. Denn erstens bemüht man sich um Differenzierung, wenn man das Problem beim Namen nennt: Zwar sind es nur Roma, die Ärger machen; aber nicht alle Roma machen Ärger, nur die, die außerhalb der bürgerlichen Gesellschaft stehen. „Dem stehen die ‚unsichtbaren Roma‘ gegenüber, die als Krankenschwestern, Putzfrauen oder Bauarbeiter ihr Auskommen gefunden haben und gut integriert sind.“ (FAZ, 2.3.13) Im europäischen Deutschland kennt man keine unverbesserlichen völkischen Natureigenschaften mehr, dafür ernste Intergrationshindernisse, die man nicht aus Angst vor dem Rassismuskritik verweigern mag. Erst verwandelt die Presse die polit-ökonomische Lage der auch in Deutschland nicht gebrauchten Ärmsten der Armen in eine Frage von Tradition und Mentalität der Roma, dann ist sie entschlossen, diese störenden Elemente nicht als unerträgliches Fremdvolk, sondern als Problemfälle und Opfer in den Blick zu nehmen: Opfer von sozialer, bildungs-, sogar wil-

densmäßiger Depravierung, die sie an ihre elende Lage fesselt und die ihre Herkunftsländer zu verantworten haben. Das auszusprechen ist zweitens schon deswegen kein Rassismus, weil man genau diesen Vorwurf damit an die Osteuropäer richtet: Dass trotz aller europäischen Freiheit und Gleichheit die untersten Armutsschichten in ihren Gesellschaften völkisch und rassistisch sortiert sind, liegt am Nationalismus dieser EU-Staaten, die die Roma bei sich nicht mitmachen lassen, sie diskriminieren und ausgrenzen. Rassismus, das müssen sie noch lernen, ist uneuropäisch!

Jetzt wird Deutschland in Form der unerwünschten Einwanderung zum Opfer des osteuropäischen Rassismus. Für einen Rassismus, der Deutschland die Zigeuner zutreibt, hat man hier gar nichts übrig. ●

Dieser Artikel ist ein Vorabdruck von Ausgabe 2-13 der Politischen Vierteljahresschrift **GegenStandpunkt**, die am 16.5.2013 erscheint.

Im Buchhandel erhältlich:

Erlangen: Ex Libris, Bismarckstr. 9

Fürth: Edelmann, Fürther Freiheit 2A

Nürnberg: Bahnhofsbuchhandlung / Rüssel, im Frankenzentrum / Jakob, Hefnersplatz 8

Demokratischer Dialog in einem freien Land

Anlässlich des siebten Treffen der Deutschen Islamkonferenz „erklärten einige islamische Verbände, dass sie ihm (Bundesinnenminister Friedrich) die Zuständigkeit für die Konferenz am liebsten entziehen würden. Zu sehr habe er den Dialog auf Sicherheitsfragen rund um den Kampf gegen den Terrorismus verengt. In dieser Form habe das keinen Sinn mehr, so die Kritik.“ (Tagesschau 15 Uhr, 7.5.2013)

So äußern die alternativgläubigen Staatsbürger ihre Enttäuschung darüber, dass auf der vom Polizeiminister einberufenen Konferenz nicht die Probleme zur Sprache kommen, die sie in diesem Staat haben, sondern immer nur die, die sie dem Staat aus seiner Sicht bereiten.

Der Bundesinnenminister weiß mit Kritik umzugehen – und zwar ganz ohne sich inhaltlich mit ihr zu befassen:

„Das Innenministerium ist das Ministerium, das für den gesellschaftlichen Zusammenhalt zuständig ist, und da es hier um die Frage des gesellschaftlichen Zusammenhaltes geht, gehört selbstverständlich die Islamkonferenz zum Bundesinnenministerium. Dass es immer wieder Leute gibt, die mich auch kritisieren – in einem freien Land ist das erlaubt.“ (Bundesinnenminister Friedrich, ebd.)

Die Kompetenz eines demokratischen Amtsträgers steht unbestreitbar fest – und zwar mit dem Amt, das er innehat. Das schließt die Hoheit über die Problemdefinition ein – bei der Frage, was der gesellschaftliche Zusammenhalt so erfordert, lässt sich der Amtsträger nicht von seinen Dialogpartnern reinreden. Reden dürfen andere schon auch – und als Gegenleistung für die freundliche Gewähr der freien Obrigkeit, dass ihre Bürger das Maul aufmachen dürfen, haben die sich auch damit abzufinden, dass ihre Anliegen, soweit die Staatsmacht darin keinen Nutzen für sich entdecken kann, nichts gelten.

Eine schöne Klarstellung, wen die Meinungsfreiheit frei macht, und wovon. ●